

313/I

K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Gröger, Hubmann, Tusch und Genossen an den Herrn Staatskanzler als Staatssekretär für Äußeres, betreffend die Volksabstimmung in Kärnten.

Seit neun Monaten befindet sich die Zone A des Abstimmungsgebietes in Kärnten in den Händen der Jugoslawen. Obwohl der Friedensvertrag von St. Germain diesem Gebiete die freie, unbeeinflusste Volksabstimmung unter der Kontrolle der verbündeten Hauptmächte zusichert, blieb diese Abstimmungszone seit der Invasion der jugoslawischen Truppen zu Anfang Juni vorigen Jahres vom SHS-Staate besetzt und ist die Bevölkerung dieser Zone schutzlos den SHS-Behörden ausgeliefert. Diese haben die gewählten Gemeindevertretungen aufgelöst und bearbeiten seit neun Monaten die Bevölkerung des Abstimmungsgebietes mit allen ihren Machtmitteln für die zu erfolgende Volksabstimmung. Die SHS-Verwaltung läßt führende Persönlichkeiten deutschösterreichischer Gesinnung unter nichtigen Vorwänden einkerkeren, verurteilt Personen schon bei Verdacht einer Propaganda für Deutschösterreich zu Geld- und Arreststrafen, weist unliebame Personen, die in der Zone A heimatberechtigt und wohnhaft sind, wegen feindseliger Gesinnung gegen den SHS-Staat aus der Abstimmungszone aus und verbietet jenen Flüchtlingen, welche sich an den Abwehrkämpfen beteiligten, die Rückkehr in die Heimat. Unter diesen bedauernswerten Flüchtlingen herrscht namenloses Elend und größte Verzweiflung. Ihre Besitzungen gehen unter der Wirtschaft der jugoslawischen Zwangsverwaltung, welche häufig persönlichen Feinden der Geflüchteten überantwortet sind, zugrunde. Den Flüchtlingen wird der Frühjahrsanbau unmöglich gemacht. Die jugoslawische Verwaltung ermittelt durch wiederholte Probeabstimmungen die deutschösterreichisch gesinnten

Familien und entzieht ihnen alle Erleichterungen und Begünstigungen beim Bezuge von Lebensmitteln und bei der Ausstellung von Passierscheinen und Gasthaus- und Gewerbelizenzen. Die Bevölkerung wird durch Drohungen, daß es überhaupt keine Abstimmung gäbe, daß das Abstimmungsgebiet auch bei einem Abstimmungsergebnis für Deutschösterreich doch beim SHS-Staate verbleiben und dieser Staat dann die deutschösterreichisch Gesinnten ausweisen werde, eingeschüchtert. Personen, welche die Demarkationslinie überschreiten oder sich ihr nähern, werden von den südslawischen Posten häufig niedergeschossen. So zum Beispiel in der Zeit vom 9. bis 14. März l. J. Betty Fido aus Röttmannsdorf und Ernst Jaklitsch, ein amerikanischer Staatsbürger. Durch Schüsse schwer verwundet wurde in derselben Zeit Ernst Ribniker aus St. Ruprecht. Alle diese ungeheuerlichen Dinge geschehen in der nächsten Nähe von Klagenfurt, wo sich die interalliierte Kommission befindet. Danach ist zu ermessen, welchen Drangsalierungen die zu Deutschösterreich strebende Bevölkerung des Abstimmungsgebietes A ausgesetzt ist.

Da sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft der Abstimmungszone A trotz aller Verfolgungen nicht zum SHS-Staate bekennen will, sondern mit unerschütterlicher Festigkeit zur deutschösterreichischen Republik steht, werden ihre Vertrauensmänner verfolgt, ausgewiesen und mit Waffengewalt über die Demarkationslinie geschafft. Der Gerent der Gemeinde Ferlach, Borovnik, erklärte, „man werde jetzt erst recht datangehen, die sozialdemokratischen Arbeiter Mores zu lehren“.

Die jugoslawischen Behörden trachten auch, alle Selbstverwaltungsstellen der Arbeiter unter slowenisch-nationalen Einfluß zu bringen. So wurde zum Beispiel die Betriebskrankenkasse der Eisen- und Stahlwerksgesellschaft in Ferlach durch die Laibacher Landesregierung aufgelöst und der Laibacher Bezirkskrankenkasse angegliedert. Dadurch ist die Arbeiterschaft schwer geschädigt, weil die große Entfernung von Laibach den Verkehr mit der Kasse fast unmöglich macht. Auch die Mitglieder der Klagenfurter Bezirkskrankenkasse, welche in der Zone A wohnen, wurden der Laibacher Bezirkskrankenkasse einverleibt. Häufig kommt die Bevölkerung dadurch in die schwerste Bedrängnis, weil es am ärgsten an Medikamenten mangelt, so daß bereits sehr viele Menschen ohne ärztliche Hilfe sterben mußten. Die Verhältnisse in der Abstimmungszone A sind derart unerträglich, daß die Bevölkerung völlig zermürbt und der Verzweiflung in die Arme getrieben wird.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Staatskanzler als Staatssekretär für Äußeres folgende Anfragen:

„1. Ist der Herr Staatskanzler bereit, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um die Regierung des SHS-Staates zu veranlassen, gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages in der Zone A des Abstimmungsgebietes in Kärnten die freie, unbeeinflusste Volksabstimmung zu sichern?“

2. Ist der Herr Staatskanzler bereit, den Hohen Rat der Ententemächte von den Drangsalierungen der Deutschösterreich freundlich gesinnten Bevölkerung in der südlichen Abstimmungszone Kärntens sofort in Kenntnis zu setzen, um dadurch Abhilfe zu erlangen?“

Wien, 24. März 1920.

Wuchitsch.
Bogl.
Schiegl.
Hafner.
Anton Jdl.
Tuller.
Schlager.
Hermann.
Adler.
Dr. Bauer.
Mlois Bauer.

Gröger.
Hubmann.
M. Tusch.
Kegner.
Zwanzger.
Wizany.
Hölzl.
Hueber.
Schneidmadl.
Dannreder.
Weiser.